



Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD im Kreistag Offenbach

*Fortschreibung der erfolgreichen Zusammenarbeit seit 2004
für die Wahlperiode 2026 bis 2031*

Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD im Kreistag Offenbach
Fortschreibung der erfolgreichen Zusammenarbeit seit 2004
für die Wahlperiode 2026 bis 2031

Präambel

Die Kommunalpolitik, also die politischen Entscheidungen in Städten, Gemeinden und dem Kreis, hat für das gesellschaftliche Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt für uns alle große Bedeutung in allen Bereichen des tagtäglichen Lebens. Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Die prekäre finanzielle Situation der kommunalen Finanzen schränkt die Handlungsfähigkeit auf unzumutbare Weise ein und weckt Zukunftsängste.

In vielen Bereichen, so insbesondere bei Schule und Bildung, der Mobilität, der Breitbandversorgung und der Arbeitsverwaltung, auch der Konsolidierung der Finanzen, sind deutliche Erfolge in den letzten Jahren erreicht worden. Aber gerade die finanzielle Situation und die Finanzausstattung bleibt eine ständige Herausforderung.

Wir fordern deshalb Land und Bund auf, im Rahmen der Bereitstellung von Mitteln für die öffentliche Infrastruktur auch die kommunalgetragene Infrastruktur, wie Schulen, Kindertagesstätten, Kultureinrichtungen, Sportanlagen und Schwimmbäder sowie die dauerhafte Unterstützung von leistungsfähigen Angeboten im Bereich des ÖPNV, intensiv zu fördern.

Es werden aktuell rund 60 Prozent des gesamten Kreishaushaltes für den Sozial- und Jugendbereich aufgewendet, hier müssen dringend Entlastungen geschaffen werden. Das gilt auch für das Bundesteilhabegesetz, die Umlage für den Landeswohlfahrtsverband (LWV), die Kosten für Flüchtlinge, Asylberechtigte und geduldete Personen und weitere übertragene Aufgaben, die unzureichend mit der notwendigen finanziellen Ausstattung versehen sind. Obwohl der Kreis Offenbach von der Wirtschaftskraft und der Standortattraktivität zu den stärksten Kreisen in Hessen gehört, wird es immer schwerer, um zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen.

Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Fraktionen von CDU und SPD im Kreistag Offenbach die Fortsetzung ihrer gemeinsamen nachhaltigen, berechenbaren und bürgerfreundlichen Politik für die Menschen im Kreis Offenbach. Sie sind sich darüber einig, dass nicht alle in den kommenden Jahren anstehenden Sachentscheidungen in diesem Papier geregelt werden können und angesichts der grundsätzlichen, gesetzlichen Regelungen für die Kreisfinanzen ein Finanzierungsvorbehalt gilt. Dies gilt umso mehr, da die Folgen der Pandemie, weltweiter Krisen und Kriege sowie der geopolitischen Neuordnung insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen für die öffentlichen Haushalte noch nicht absehbar sind.

In dieser Vereinbarung benennen die beiden Fraktionen die wesentlichen Punkte ihrer zukünftigen Zusammenarbeit. Die beiden Fraktionen wollen ihre bisherige sachliche, verlässliche, vertrauensvolle und gedeihliche Zusammenarbeit fortführen und deshalb sowohl die beschriebenen Sachverhalte als auch andere Themen oder Probleme künftig gemeinsam lösen.

Finanzen und moderne Verwaltung

Ein ausgeglichener Haushalt, dauerhaft ohne neue Schulden, bleibt unser Ziel. Der Kreis hat in den vergangenen Jahren erfolgreich Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Soweit möglich, werden alle Sach- und Dienstleistungen restriktiv geplant, um neue Schulden zu vermeiden. Die Konzentration auf das Notwendige und Wichtige ist zwingende Voraussetzung, damit auch das Wünschenswerte machbar bleibt.

Es bleibt Ziel, mittel- und langfristig auch die Städte und Gemeinden finanziell zu entlasten und durch niedrige Hebesätze die Umlagen für Kommunen möglichst niedrig zu halten. Bund und Land müssen die Leistungsfähigkeit der Landkreise und der Kommunen dauerhaft sichern. Nur wenn Kreis und Kommunen über ausreichende Mittel verfügen, können sie ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen. Das Konnexitätsprinzip muss für alle Ebenen gelten. Es ist notwendig, für die übertragenen Aufgaben die volle Kostenerstattung zu erreichen.

Wir werden die Verwaltung weiter modernisieren und an die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger weiter anpassen. Die effizienten Verwaltungsstrukturen in der Kreisverwaltung werden wir durch eine konsequente Digitalisierung ergänzen. Ziel ist es dabei, dass digitale Serviceangebote für die Bürgerinnen und Bürger, digital, barrierefrei und mobil nutzbar sein sollen.

Schule und Bildung

Der Kreis Offenbach hat in den letzten Jahren Prioritäten gesetzt und in die Sanierung und Modernisierung seiner Schulen sowie auch in den Schulneubau maximal investiert, so dass er den Schülerinnen und Schülern aller Schulformen bestens ausgestattete Lernorte mit hohem Standard bieten kann. Dies gilt auch für den weiteren Ausbau der Digitalisierung an den Schulen, hier wird ein zuverlässiger Internetzugang gewährleistet, alle Schulen verfügen bereits über einen Glasfaseranschluss.

Dieses positive Lernumfeld soll auf Dauer bewahrt und die erreichte bauliche Infrastruktur auch für die Zukunft gesichert und erhalten bleiben. Die massiven Kostensteigerungen beim Schulbau in den letzten Jahren erfordern eine ständige Prüfung der definierten Standards und der einzelnen Projekte sowie die Möglichkeiten, die Realisierung z.B. in mehreren Schritten der Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus treten wir ein für das Recht der Eltern die Schulwahl für ihre Kinder zu treffen. Eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung bleibt Ziel des kontinuierlich fortzuschreibenden Schulentwicklungsplanes.

Wir wollen eine verlässliche Ganztagsbetreuung an unseren Schulen gemäß der gesetzlichen Regelung garantieren. Der weitere kontinuierliche Ausbau der Betreuungs- und Ganztagsangebote bleibt deshalb Thema. Auch die Sicherung der Qualität bleibt wesentliches Ziel, wo sinnvoll und notwendig auch gemeinsam mit den Städten und Gemeinden.

Bei zukünftigen Neubauten sowie grundlegenden Sanierungen bzw. Erweiterungen von Grundschulen sollen weiterhin bereits im Raumprogramm ausreichende Kapazitäten für Betreuungs- bzw. Ganztagsangebote mit geplant werden, in Abstimmung und mit entsprechender Vereinbarung mit den betroffenen Kommunen.

Die Entwicklung an den Schulen in den letzten Jahren hat gezeigt, dass der Bedarf an unterstützender Schulsozialarbeit in allen Schulformen gewachsen ist. Wir setzen uns deshalb in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden auch weiterhin für Schulsozialarbeit ein.

Wirtschaft, Arbeit und Wohnraum

Der Kreis Offenbach gehört in der Region Frankfurt-Rhein-Main in Hessen und bundesweit in die Spitzengruppe der wirtschaftsstarke und prosperierenden Einheiten. Eine starke Wirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für ein gesundes Gemeinwesen.

Der Kreis sowie die Städte und Gemeinden sollen bei der Wirtschaftsförderung den Unternehmen zur Seite stehen und Hilfestellung geben: bei Standortfragen, bei der Begleitung in Belangen des Umweltschutzes, bei baulichen Erweiterungen und bei Genehmigungsverfahren.

Die Schärfung des Standortprofils durch das gemeinsame Wirtschaftsförderkonzept und die Bearbeitung der angesprochenen Themen, z.B. Digitalisierung, Netzwerk- und Clusterbildung, Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, bleiben beständig auf der Agenda.

Der flächendeckende Ausbau der Breitbandversorgung für schnelles Internet, nicht nur für Wirtschaft und Gewerbe, sondern für die gesamte Bürgerschaft soll in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden.

Die Arbeitsverwaltung in kommunaler Trägerschaft hat sich im Kreis Offenbach bestens bewährt. Wir streben eine weitere Verbesserung der Angebote und Strukturen der Pro Arbeit an. Dazu gehört neben dem Ausbau der digitalen Angebote die Zusammenlegung der verschiedenen Dienststellen der Pro Arbeit im Kreis Offenbach. Das Projekt Neubau in Dietzenbach soll auf Basis des Beschlusses des Kreistags fortgeführt werden.

Die Menschen profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg im Kreis Offenbach. Wir profitieren auf dem Arbeitsmarkt von einem gesunden Mix aus Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung. Im Zusammenwirken mit den Kommunen muss es deshalb ein wichtiges Ziel bleiben, die notwendige leistungsfähige Infrastruktur bereit zu stellen und zu erhalten.

Die Nachfrage nach Wohnraum, insbesondere nach bezahlbarem, für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, übersteigt mittlerweile bei Weitem das Angebot in den Städten und Gemeinden. Von Seiten des Kreises bestehen keine direkten Einflussmöglichkeiten, Baugebiete in den Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln.

Der Kreis Offenbach wird dennoch weiterhin den Kommunen des Kreises Hilfestellung und Unterstützung anbieten, um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu lösen. Der Kreis ist Wachstumsregion und der erforderliche Ausbau für Mobilität, Bildung und Betreuung muss in enger Abstimmung mit den dreizehn Städten und Gemeinden erfolgen und ist im Kontext der Schaffung weiteren Wohnraums zu sehen.

Mobilität und Verkehr

Mobilität ist für unseren Wirtschaftsraum ein unverzichtbarer Standort- und Erfolgsfaktor. Die Vernetzung und die intelligente Steuerung aller Verkehrsträger sichern diese Mobilität. Ideen für die Mobilität der Zukunft entwickelt der Kreis Offenbach zusammen mit den Städten und Gemeinden beispielhaft mit seinem "Leitbild Mobilität"; das erfolgreiche Projekt wird auch in Zukunft fortgesetzt.

Der Ausbau des ÖPNV ist auch zukünftig die wichtigste Grundlage für die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und für eine nachhaltige Entwicklung im Ballungsraum Rhein-Main. Er ist ebenso ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Der Kreis Offenbach wird beim Thema Mobilität in allen Kreisteilen eine annähernd gleichwertige Bedienung durch den ÖPNV fördern. Unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises treten wir für eine bedarfsgerechte ÖPNV-Abdeckung ein, die gleichermaßen die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, der Arbeitnehmer und der Schülerschaft berücksichtigt. Die Realisierung der RTW leistet

dazu einen wichtigen Beitrag. Über die Kreisverkehrsgesellschaft treten wir beim RMV für ein gerechtes und zukunftsfähiges Finanzierungs- und Organisationsmodell mit dem Ziel, die Position des Kreises - und auch seiner Städte und Gemeinden - in finanzieller und organisatorischer Hinsicht gegenüber dem RMV zu stärken und somit mehr direkten Einfluss auf die Qualität und die Kosten des ÖPNV-Angebotes nehmen zu können.

Ziel bleibt der weitere Ausbau und die Verknüpfung des Radwegenetzes im Kreis und darüber hinaus sowie insbesondere der Fahrradschnellwege im Kreisgebiet.

Die Erfolge mit dem Pilotprojekt „Hopper“ und die Ausweitung auf alle Kreiskommunen zeigen die Attraktivität eines passgenauen und verlässlichen On-Demand-Angebots als Ergänzung zum schienengebundenen und busbedienten ÖPNV. Wir wollen, auch in finanzieller Hinsicht schwierigen Zeiten, den Erhalt dieser Ergänzung des ÖPNV im Kreis Offenbach.

Die organisatorische Struktur des ÖPNV im Kreis Offenbach muss darüber hinaus auf eine zeitgemäße, entsprechend der gesetzlichen Grundlage, angepasste Basis modernisiert werden. Diese weitere Ausgestaltung der Aufgaben und der Organisation der Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) muss durch den Kreistag getroffen werden.

Soziales und Generationen

Zu den Werten, die unsere Gesellschaft tragen, gehört unverzichtbar die Solidarität mit den Schwachen und Hilfsbedürftigen. Soziale Politik bedeutet für uns Hilfe zur Selbsthilfe: Fordern und Fördern. Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ein eigenbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.

Die in unserem Kreis vorhandenen notwendigen Hilfen und Angebote für Familien und Partnerschaften, für Alleinerziehende, für Kinder und Jugendliche, für Senioren, für Frauen sowie für Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen sollen bedarfsgerecht erhalten werden. Dazu gehören unter anderem differenzierte Beratungs- und Betreuungsangebote, präventive Hilfen, Bildungseinrichtungen, offene und vereins- oder verbandsgebundene Jugendarbeit und Arbeitsvermittlung. Hilfeeinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen werden wir bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Durch die weitsichtige Kooperation mit einem privaten Träger können unsere früheren Kreiskliniken in Langen und Seligenstadt an beiden Standorten auch in Zukunft die Bevölkerung mit hoher medizinischer Qualität versorgen. Wir treten dafür ein, diese wohnortnahe Versorgung im Kreis Offenbach auch weiterhin zu sichern und beständig zu verbessern und auszubauen. Dies gilt insbesondere für die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung.

Flüchtlinge und Integration

Die Flüchtlingssituation hat uns in zurückliegenden Jahren vor große Herausforderungen gestellt, die im Zusammenwirken von Kreis, Städten und Gemeinden und vielen ehrenamtlich Engagierten gut bewältigt werden konnte. Wir stehen für eine humane Flüchtlingspolitik und konkrete Hilfe für verfolgte und in Not geratene Menschen im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Die Bereitschaft zur Integration in eine offene, pluralistische Gesellschaft auf der Grundlage des Grundgesetzes und das Erlernen der deutschen Sprache sind unverzichtbare Voraussetzungen für ein Zusammenleben in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wenden uns gegen alle, die diese Grundsätze missachten.

Soll den Menschen, die dauerhaft in Deutschland bleiben können, ein Leben unabhängig von staatlichen Leistungen ermöglicht werden, müssen Spracherwerb, Zugang zu Arbeit sowie Ausbildung und

Qualifizierung möglichst frühzeitig gefördert werden. Je länger die Abwesenheit vom Arbeitsmarkt andauert, desto größer werden die individuellen Schwierigkeiten bei der Erwerbsintegration.

Wir begrüßen die Neuausrichtung der Migrationspolitik durch die Bundesregierung mit dem Beschluss zur Umsetzung der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Die Neuregelungen zur Migrationssteuerung beim Familiennachzug, die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten und Maßnahmen zur Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht und unbegrenzter Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter tragen dazu bei, die Migration im Interesse unseres funktionierenden Gemeinwesens zu steuern und zu begrenzen. Die für die Unterbringung, Versorgung und Integration maßgeblich verantwortlichen Kommunen sind über ihre Spitzenverbände einzubeziehen.

Umwelt und Energie

Das Wachstum unserer Region stößt dort an seine Grenzen, wo wir unsere natürlichen Ressourcen auf Dauer schädigen. Der Kreis wird, auch in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und der Einbindung aller Betroffenen und Beteiligten, wirksame Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der Umweltqualität schaffen, insbesondere wenn es um Fragen des Landschafts- oder Naturschutzes, um den Ausgleich von Natur- und Siedlungspolitik, um den Erhalt und die Sicherung der Trinkwasserreserven und den Schutz vor Verkehrs- und Fluglärm geht.

Der Energiepolitik kommt auch im Kreis Offenbach eine neue Bedeutung zu. Der Kreis wird in seiner eigenen Zuständigkeit für seine Liegenschaften erneuerbare Energien nutzen, wo dies technisch realisierbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Wir verfolgen das Ziel einer möglichst vollständigen Ausschöpfung der Potenziale und prüfen dazu auch weiterhin Energiesparmaßnahmen (inkl. energetischer Sanierungen), Neubauten nach den aktuellen energetischen Standards umzusetzen und wie bisher Dachflächen zur Erzeugung von klimaneutralem Strom oder zur Wärme Gewinnung zu nutzen, wo dies technisch möglich und sinnvoll ist.

Im Ballungsraum Rhein-Main kann die Abfallwirtschaft nur im regionalen Verbund sinnvoll organisiert werden. Umweltschädlicher Mülltourismus muss vermieden werden. Die Organisation der Abfallwirtschaft im Rahmen der Rhein-Main-Abfall-GmbH hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

Der Flughafen Frankfurt hat große Bedeutung für die Wirtschaftskraft in unserer Region, für die damit verbundenen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Auf der einen Seite stehen die ökonomischen Belange der Betreiber und die Existenz von zehntausenden von Arbeitsplätzen, auf der anderen die Gesundheit und das Ruhebedürfnis der Bevölkerung, die durch Flugbewegungen noch mehr belastet wird.

Fluglärm und damit die Belastung der Bevölkerung müssen gemindert werden. Möglichen Bestrebungen der Umverteilung von Fluglärm aus der Region zu Lasten von Städten und Gemeinden im Kreis Offenbach, wie Cindy S, treten wir entschieden entgegen. Im Interesse der Lebensqualität der Menschen im Kreis Offenbach setzen wir uns für den ständigen Dialog ein, um möglichst alle Chancen und technischen Gegebenheiten der Fluglärminderung auf ihre konkrete Nutzung zu prüfen.

Bürgergesellschaft, Ehrenamt, Sport und Kultur

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist Garant für unsere Gesellschaftsordnung. Demokratie und bürgerliche Gesellschaft, wie wir sie kennen und schätzen, ist nicht vorstellbar, ohne dass sich der Einzelne konkret zu Wort meldet, mitarbeitet und einsetzt.

Aktive Bürger, ein ausgeprägtes Vereinsleben auf kulturellem, sozialem und sportlichem Gebiet, bei der Pflege des kulturellen und geschichtlichen Erbes sowie bei der Gewährleistung der Sicherheit und im Naturschutz zeichnen unseren Kreis aus. Das Ehrenamt ist ein wesentliches und prägendes Element. Wir haben ein vielfältiges, reiches kulturelles und sportliches Leben, das zur Lebensqualität beiträgt und das Zusammenleben bereichert.

Unsere Unterstützung gilt deshalb den Leistungen der Vereine und ihrer Dachorganisationen, die für Kunst, Kultur, Sport, Natur und Umwelt tätig sind, der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Rettungsdienste, der freien Träger, der sozialen Vereine, Verbände und Kirchen. Ohne deren Arbeit ist unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ärmer.

Den Ehrenamtlichen den Rücken zu stärken und die Menschen zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen, sehen wir als wichtige Aufgabe für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gerade auch in der Pandemie hat sich gezeigt, dass dieses Engagement in Umfang und Qualität nicht ersetzbar ist. Deshalb muss der Kreis in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden die Rahmenbedingungen stetig sicherstellen und verbessern.

Zusammenarbeit in der Koalition

Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die Mitglieder des Kreisausschusses in ihrem Abstimmungsverhalten ihrem Gewissen verpflichtet sind. Sie empfehlen ihren Vertretern/Vertreterinnen im Kreisausschuss jedoch, soweit dies irgend möglich ist, die Vereinbarungen der Koalition bei ihrem Abstimmungsverhalten einzuhalten.


Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die Abgeordneten des Kreistages ihrem Gewissen verantwortlich sind. Die Fraktionen werden jedoch dafür sorgen, dass dieser Vereinbarung zuwiderlaufende Abstimmungen und Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten nicht zustande kommen. Desgleichen wird vereinbart, dass die Fraktionen nur solche Anträge in den Geschäftsbereich des Kreistages einbringen, die mit dem Koalitionspartner abgestimmt sind.

Die Fraktionen sind sich darüber einig und vereinbaren, dass sie - soweit dies möglich ist - Einfluss auf ihre vom Kreistag gewählten Vertreter/innen in Zweckverbänden, Kommissionen, Vereinen etc. nehmen, um sicherzustellen, dass nicht gegen die Vereinbarungen der Koalition durch Antragsstellung oder Abstimmungsverhalten verstoßen wird.

Die Fraktionen verpflichten sich, im vertrauensvollen Zusammenwirken alle Entscheidungen zu Sachfragen gemeinsam zu erarbeiten und in die parlamentarischen Gremien des Kreises einzubringen.

Dietzenbach, 29.04.2026

**CDU-Kreisverband
Offenbach-Land**



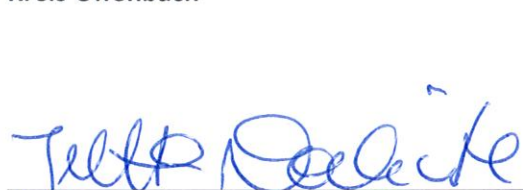
Frank Lortz MdL
Vorsitzender

**CDU-Fraktion
im Kreistag Offenbach**




Stefan Schmitt
Vorsitzender

**SPD-Unterbezirk
Kreis Offenbach**



Jutta Dahinten
Vorsitzende

**SPD-Fraktion
im Kreistag Offenbach**



Kai Gerfelder
Vorsitzender